

Inhaltsverzeichnis

1. Kapitel - Einführung in das Gefahrenabwehrrecht	1
A. Gegenstand der Bearbeitung	1
B. Die geschichtliche Entwicklung des Polizeirechts	2
C. Einheits- und Trennungssystem	5
D. Gesetzgebungs- und Verwaltungskompetenzen	6
E. Sonderordnungsbehörden, Ordnungsbehörden, Vollzugspolizei	10
F. Musterentwurf eines einheitlichen Polizeigesetzes	11
G. Allgemeine Aufgaben der Polizei; Zuständigkeiten	13
H. Trennung von Aufgaben und Befugnissen	17
I. Subsidiarität polizeilichen Handelns/Privatrechtsklauseln	20
J. Vollzugshilfe	24
K. Übertragung von Aufgaben durch andere Rechtsvorschriften	26
I. Aufgabe der Strafverfolgung	26
1. Doppelfunktionalität der Polizei	27
2. Doppelfunktionale Maßnahmen der Polizei	28
II. Aufgabe der Ordnungswidrigkeitenahndung	32
III. Aufgabe der Straßenverkehrsüberwachung	34
L. Hoheitliche Aufgabenerfüllung und private Sicherheitsdienste	35
2. Kapitel - Prüfung einer Gefahrenabwehrmaßnahme	37
A. Problemkreise/Ebenen der Prüfung	37
B. Prüfungsschema in Bezug auf eine Gefahrenabwehrmaßnahme	39
C. Rechtsschutz	40
3. Kapitel - Polizeiliche Befugnisse nach den Polizeigesetzen	42
A. Eingriff in Grundrechte/Erfordernis einer Rechtsgrundlage	42
I. Spezialgesetzliche Eingriffsermächtigung	43
II. Präventivpolizeiliche Standardmaßnahmen	44
1. Anwendungsvorrang vor der Befugnisgeneralklausel	44
2. Rechtsnatur und Einteilung der Standardmaßnahmen	45
3. Maßnahmen der Informationsbeschaffung und -verwertung	47
a. Eingriff in das allgemeine Persönlichkeitsrecht	47
b. Allgemeine Regeln der Datenerhebung; Ausweispflicht von Bediensteten ...	51
c. Einzelne Befugnisse	53
aa. Offene Bild- und Tonaufzeichnung; Videoüberwachung	53
a.) Videoüberwachung öffentlicher Veranstaltungen und Ansammlungen	53
b.) Videoüberwachung öffentlicher Flächen	55
c.) Offene Bildaufzeichnung zur Eigensicherung	59

d.) Einsatz von Kennzeichenlesesystemen bei Verkehrskontrollen	61
e.) Rechtsschutz.....	64
bb. Befragung.....	64
a.) Formelle Rechtmäßigkeit	65
b.) Materielle Rechtmäßigkeit	65
aa.) Befragung i.e.S.....	65
bb.) Personenkontrollen im öffentlichen Verkehrsraum	68
cc.) Rechtsschutz	71
cc. Prüfung von Berechtigungsscheinen	71
dd. Identitätsfeststellung (IDF).....	73
ee. Erkennungsdienstliche Maßnahmen	83
ff. Verdeckte Datenerhebung durch besondere Mittel	87
a.) Längerfristige Observation.....	88
b.) Großer Lauschangriff	91
c.) Verdeckter Einsatz technischer Mittel zur Anfertigung von Bildaufnahmen und -aufzeichnungen	98
d.) Telekommunikationsüberwachung (TKÜ)	99
e.) Onlinedurchsuchung von Computern	108
f.) Quellen-Telekommunikationsüberwachung („Quellen-TKÜ“).....	114
g.) Erhebung und Speicherung von Verkehrsdaten.....	115
h.) Einsatz von Vertrauenspersonen (V-Leuten)	123
i.) Einsatz von verdeckten Ermittlern („VE“).....	123
j.) Polizeiliche Beobachtung („PB“) bzw. Ausschreibung	126
gg. Generalklausel zur Datenerhebung	128
d. Umgang mit Daten	130
aa. Speicherung, Übermittlung, Kennzeichnung	130
bb. Zweckbindung der erlangten Daten	132
cc. Datenabgleich und Rasterfahndung.....	133
dd. Übermittlung von Daten	142
ee. Verwertbarkeit rechtswidrig erhobener Daten	143
ff. Löschung, Berichtigung und Sperrung von Daten.....	144
gg. Benachrichtigungspflichten	144
4. Einschränkungen der räumlichen Bewegungsfreiheit.....	146
a. Vorladung.....	146
b. Kurzfristige Platzverweisung	149
c. Betretungs- und Aufenthaltsverbote	153
d. Wohnungsverweisung und Rückkehrverbot zum Schutz vor häuslicher Gewalt	156
e. Ingewahrsamnahme (Festnahme) von Personen.....	161

f. Aufenthaltsvorgabe und Kontaktverbot.....	174
g. Elektronische Aufenthaltsüberwachung.....	175
5. Durchsuchungen und Sicherstellungen	176
a. Durchsuchung von Personen	176
b. Durchsuchung von Sachen	181
c. Betreten und Durchsuchen von Wohnungen.....	185
d. Sicherstellung (bzw. Beschlagnahme) von Sachen	202
6. Gefährderansprachen/Gefährderanschreiben und Meldeauflagen	217
7. Zusammenfassung und Abgrenzung zur Befugnisgeneralklausel	220
III. Befugnisgeneralklausel	222
1. Erfordernis einer generalklauselartigen Ermächtigung	222
2. Vereinbarkeit der Generalklausel mit dem Bestimmtheitsgrundsatz.....	223
B. Formelle Rechtmäßigkeit einer Gefahrenabwehrmaßnahme	225
I. Zuständigkeit der Gefahrenabwehrbehörde	225
II. Verfahren/Form/Begründung.....	228
1. Allgemeine Verfahrensvorschriften, insbesondere Anhörung	228
2. Besondere Verfahrensvorschriften.....	228
3. Form und Begründung.....	229
C. Materielle Rechtmäßigkeit der Gefahrenabwehrmaßnahme	231
I. Voraussetzungen der Rechtsgrundlage	231
1. Gefahr für ein Schutzgut der öffentlichen Sicherheit (oder Ordnung).....	231
a. Schutzgut „öffentliche Sicherheit“	233
aa. Unverletzlichkeit der Rechtsordnung	233
bb. Unverletzlichkeit der subjektiven Rechte u. Rechtsgüter des Einzelnen	235
cc. Bestand des Staates und der Einrichtungen und Veranstaltungen des Staates oder sonstiger Träger der Hoheitsgewalt.....	236
b. Schutzgut „öffentliche Ordnung“.....	237
c. Gefahr eines Schadenseintritts	245
aa. Gefahrenbegriffe	245
a.) „Einfache“ (konkrete und abstrakte) Gefahr	245
b.) Gegenwärtige Gefahr	247
c.) Erhebliche Gefahr	247
d.) Gefahr für Leib oder Leben.....	247
e.) Gemeine Gefahr	248
f.) Dringende Gefahr.....	248
g.) Drohende Gefahr.....	248
h.) Gefahr im Verzug	249
i.) Latente Gefahr.....	250
bb. Störung und Schaden	251

a.) Störung als realisierte Gefahr.....	251
b.) Schaden	251
cc. Gefahrenlagen	252
a.) Objektive Gefahrenlage.....	252
b.) Subjektive Gefahrenlage (Anscheinsgefahr; Scheingefahr)	252
aa.) Anscheinsgefahr.....	252
bb.) Putativgefahr (Scheingefahr).....	256
c.) Gefahrenverdacht (Verdachtsgefahr)	257
2. Konsequenzen einer nicht vorliegenden Gefahrenlage für die Falllösung	260
II. Einhaltung des Ermessensspielraums	262
1. Rechtsnatur des Ermessens; Opportunitätsprinzip	262
2. Entschließungsermessen; Auswahlermessen	263
a. Entschließungsermessen (Einschreitermessen)	264
b. Auswahlermessen	265
3. Ermessensgrenzen und Ermessensfehler.....	265
a. Ermessensmangel (-nichtgebrauch; -unterschreitung).....	265
b. Ermessensüberschreitung	266
c. Ermessensfehlgebrauch (Ermessensmissbrauch).....	267
d. Antizipiertes Ermessen auch im Gefahrenabwehrrecht?	267
4. Ermessensreduzierung auf Null	269
III. Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit	273
1. Verfassungsrechtliche Grundlagen	273
2. Komponenten des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	273
a. Der legitime Zweck der Gefahrenabwehrmaßnahme.....	273
b. Geeignetheit der Gefahrenabwehrmaßnahme	274
c. Erforderlichkeit der Gefahrenabwehrmaßnahme.....	275
d. Die Angemessenheit der Gefahrenabwehrmaßnahme	277
3. Zeitliche Grenzen des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	278
IV. Polizeirechtlich Verantwortliche (Störer).....	279
1. Übersicht über die Polizeipflichtigkeit.....	279
2. Verhaltensverantwortlichkeit und Zustandsverantwortlichkeit	280
3. Als Störer in Betracht kommende Personen/Personengruppen	281
a. Verhaltensverantwortlichkeit	283
aa. Das Verhalten als Anknüpfungspunkt für die Inanspruchnahme	283
bb. Der polizeirechtliche Verursacherbegriff	284
cc. Mehrheit von Verantwortlichen	286
b. Objektiv nicht gegebene Verantwortlichkeit	287
aa. Anscheinstörer	287
bb. Scheinstörer (Putativstörer).....	288

cc. Verdachtsstörer	288
c. Minderjährige Verantwortliche	289
4. Zusatzverantwortlichkeit gegenüber Aufsichtsbedürftigen.....	289
5. Zusatzverantwortlichkeit gegenüber Verrichtungsgehilfen	290
6. Zustandsverantwortlichkeit	292
7. Begrenzungen der Verantwortlichkeit.....	299
8. Rechtsnachfolge in polizeiliche Pflichten	300
9. Mehrheit von Verantwortlichen (Störermehrheit)	300
10. Ende der Polizeipflichtigkeit/Rechtsnachfolge	305
V. Inanspruchnahme Nichtverantwortlicher („polizeilicher Notstand“).....	306
1. Einführung in die Problematik	306
2. Voraussetzungen	307
a. Gegenwärtige erhebliche Gefahr	307
b. Vorrangigkeit der Heranziehung des Störers.....	308
c. Vorrangigkeit behördeneigener Mittel	309
d. Keine Inanspruchnahme des Nichtstörers bei dessen erheblicher eigener Gefährdung und bei Verletzung höherwertiger Pflichten	310
3. Folgen einer Inanspruchnahme des Nichtstörers	311
D. Gefahrenabwehrrechtlicher Realakt	312
I. Abgrenzung zum Verwaltungsakt	312
II. Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen beim Verwaltungsrealakt	312
III. Öffentliche Warnungen.....	313
E. Rechtsverordnungen (Gefahrenabwehrverordnungen)	314
I. Rechtsnatur und Bedeutung	314
II. Ermächtigungsgrundlage	316
III. Formelle Rechtmäßigkeit	316
IV. Materielle Rechtmäßigkeit	316
V. Die Rechtswidrigkeit der Polizeiverordnung und ihre Folgen	318
VI. Rechtsschutz gegen rechtswidrige Polizeiverordnungen	318
F. Rechtsnachfolge in polizeirechtliche Pflichten.....	319
G. Verwaltungsvollstreckung	322
I. Form und Funktion der Verwaltungsvollstreckung.....	322
II. Rechtsgrundlagen für die Anwendung von Zwang	323
III. Allgemeine Voraussetzungen der Vollstreckung.....	324
IV. Zwangsmittel.....	326
1. Zwangsgeld und Zwangshaft	326
2. Ersatzvornahme	327
3. Unmittelbarer Zwang	328
V. Rechtmäßigkeit des Verwaltungzwangs im gestreckten Verfahren	331

1. Allgemeine Voraussetzungen	331
2. Das Zwangsverfahren	337
a. Androhung des Zwangsmittels.....	337
b. Festsetzung des Zwangsmittels	338
c. Anwendung des Zwangsmittels.....	339
3. Abschlussfall	340
VI. Rechtmäßigkeit des Verwaltungszwang im gekürzten Verfahren	342
1. Sofortvollzug vs. unmittelbare Ausführung	342
2. Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen	343
3. Schusswaffengebrauch durch den Polizeivollzugsdienst	345
4. Rechtsschutz gegen Zwangsmittel im Sofortvollzug	345
VII. Insbesondere: Unmittelbarer Zwang	349
1. Begriff und Bedeutung	349
2. Androhung.....	350
3. Anwendung des Zwangsmittels, insbesondere Schusswaffengebrauch.....	352
4. Abschlussfall	356
H. Kosten und Ersatzansprüche	357
I. Die Kostentragung der Gefahrenabwehr	357
II. Kostenersatzansprüche der Verwaltung.....	358
III. Entschädigungs- und Schadensersatzansprüche des Adressaten	363
I. Abschleppen verbotswidrig abgestellter Kfz	368
4. Kapitel – Versammlungsrecht	381
A. Einführung	381
B. Begriff der Versammlung	385
C. Beschränkungen der Versammlungsfreiheit.....	397
D. Rechtfertigung von Beschränkungen auf der Grundlage des VersG.....	399
I. Öffentliche Versammlungen.....	400
1. Öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel	401
a. Grundrechtsschutz unter dem Gesetzesvorbehalt des Art. 8 II GG	401
aa. Das Versammlungsgesetz als spezialgesetzliche Regelungsmaterie	401
bb. Anmeldepflicht nach § 14 I VersG; Spontan- und Eilversammlungen	402
cc. Formelle Rechtmäßigkeit versammlungsrechtlicher Maßnahmen.....	404
dd. Materielle Rechtmäßigkeit versammlungsrechtlicher Maßnahmen.....	405
b. Bannmeilen und befriedete Bezirke.....	424
2. Öffentliche Versammlungen in geschlossenen Räumen.....	425
II. Nichtöffentliche Versammlungen.....	426